

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden answärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition auszugeben) werden pro dreigezogene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Herr von Bernuth hat die vorige Nummer unseres Blattes confisciren lassen. Dieselbe liegt in erneuter Auflage, mit Weglassung der Stellen, welche möglicherweise die Confiscation verursacht haben (vgl. nachstehenden Artikel), mit der Bezeichnung Nr. 134a, der hentigen Nummer bei.

Herr von Bernuth,

ein Hauptvertreter des jetzt in Preußen herrschenden Systems, hat unser Blatt abermals confisciren lassen.

Nicht also, wie nach früheren Geschehnissen manche unserer Freunde glauben könnten, Herr Lüdemann, sondern, wie gesagt, Herr v. Bernuth war es, der diese Anordnung für nöthig gehalten hat.

Bei der ganz außerordentlichen Wichtigkeit, welche in Preußen die Polizei hat, halten wir es für unsere Pflicht, zunächst unsere Leser darüber aufzuklären, wie eine solche Confiscation ins Werk gesetzt wird. Dies dürfte besonders an solchen Orten, wo derartige Einrichtungen nicht bestehen, von einigem Interesse sein.

Die Redaction einer Zeitung hat, sobald die Ausgabe einer Nummer beginnt, ein Exemplar derselben auf die Polizei zu schicken. Dortselbst gelangt dasselbe vor die sogenannten Lectoren, deren Stellung unter den jetzigen Verhältnissen der Stellung der Censoren vor 1848 entspricht. Ein Lector ist nämlich ein Mann, der vom Staate hauptsächlich zu dem Zwecke befoldet wird, daß er die rechtswidrigen Gedanken in den Erzeugnissen der Presse aufsucht und pflichtschuldigst die Aufmerksamkeit seiner Oberen auf dieselben lenkt, als auf Stellen, welche einen Mißbrauch des Artikels 24 der preussischen Verfassung: „Jeder Preusse hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern“ enthalten. Manchem unserer Leser würde es vielleicht interessant sein, die Namen der Berliner Lectoren bei dieser Gelegenheit zu erfahren; allein wir können für heute diesem Wunsche nicht nachkommen, da wir selbst die Namen dieser Herren erst erfragen müssen.

Der Augenblick nun, wo diejenige Polizeiperson, welcher dies zusteht, auf Grund der von den Herren Lectoren entdeckten, einen Mißbrauch der preussischen Pressfreiheit enthaltenden Stellen die Confiscation der fraglichen Zeitungsnummer verfügt — dieser Augenblick ist der entscheidende.

Von diesem entscheidenden Augenblicke an nämlich setzen sich die Organe der öffentlichen Sicherheit, insbesondere die Herren Wachtmeister und Schutzmänner, in Masse in Bewegung, um

die ergangene Verfügung thatkräftig zu verwirklichen, eine Thätigkeit, welche in Folge außerordentlicher Uebung mit erstaunlicher Sicherheit vor sich geht. Zunächst erscheinen in der Druckerei und in der Expedition der Zeitung zwei Herren Wachtmeister und ein Herr Schutzmann, um die etwa noch vorfindlichen Exemplare des gefährlichen Presserzeugnisses an sich zu nehmen. Zu gleicher Zeit setzen sich andere Herren Wachtmeister und Schutzmänner nach allen Richtungen des großen Berlins in Bewegung, um auf der Post, bei allen Expedituren, in allen Conditoreien, Caffeehäusern, Biergärten u. c., bei allen auf der Straße entdeckbaren Zeitungsträgern (Männern, Weibern, Greisen, Kindern) dem Schaden, welcher durch die Verbreitung der rechtswidrigen Gedanken entstehen könnte, schleunigst vorzubeugen. Zugleich wird der Telegraph zu diesem Zwecke in Bewegung gesetzt, damit keine Zeit verloren geht und die einzelnen Bezirkspolizeiamter rechtzeitig in Kenntniß gesetzt sind. Dank diesen umfassenden Vorkehrungen befindet sich nach Ablauf einiger Stunden dasjenige, was man noch vorgefunden (erstaunlicher Weise niemals die ganze Auflage) in den Händen desjenigen Polizeimannes, der mit dessen Aufbewahrung betraut ist.

Dies ist das für nicht preussische Leser gewiß höchst interessante Institut der preussischen, speciell Berliner Zeitungsconfiscation.

Jene wohlorganisirte Gesamtheit einheitlich wirkender Kräfte nun hat, wie gesagt, Herr von Bernuth vorgestern abermals gegen unser Blatt in Bewegung gesetzt.

Hierin haben wir zunächst einen tröstlichen Umstand mit Freunden zu begrüssen.

Bekanntlich giebt es in civilisirten Staaten nichts Unwürdigeres und Widersichereres, als Polizeiwillkür. Der Polizeiwillkür wird jeder Mann von Ehre und Thatkraft bis auf's Aeußerste entgegengetreten. Wenn wir nun aber sehen, daß Herr v. Bernuth genau in derselben Weise unser Blatt beurtheilt, wie seinerzeit Herr Lüdemann es gethan, so mag uns diese Art der Beurtheilung zwar unangenehm sein, aber es wird dadurch, was früher nur unsere persönliche Ueberzeugung war, zu objectiver Gewißheit erhoben: daß nämlich in diesen Dingen keinerlei Laune obwalten kann, sondern daß das jetzige Regierungssystem in Preußen von der Polizei in so klar bestimmter Weise erkannt und so richtig seinem Geiste nach erfaßt ist, daß einerlei welche Personen gerade fungiren, unter Ausschluß aller Willkür und unter vollster Verwirklichung jenes Systems, ein absolut gleichmäßiges Verfahren eintritt, was sicherlich ein vergleichungsweise höchst erfreulicher Umstand ist.

Doch kommen wir zur Hauptsache!

Aus welchem Grunde hat Herr v. Bernuth unser Blatt neuerdings confisciren lassen?

Wir glauben, es muß einer Redaction, welche von der Unannehmlichkeit einer Zeitungsconfiscation betroffen wurde, erlaubt sein, über den Grund die-

ses Unfalls gemeinsam mit ihren Lesern sich den Kopf zu zerbrechen.

Aber, offen gestanden, wir stehen diesmal mit höchstem Erstaunen und fast rathlos vor dem Factum dieser Confiscation.

Friedrich der Große sagt:

„Mühte man nicht verrückt sein, um sich einzubilden, die Menschen hätten zu einem ihres Gleichen gesagt: wir erheben dich über uns, weil wir Sklaverei lieben, und geben dir Gewalt, unsere Gedanken nach deinem Willen zu leiten. Sie haben vielmehr im Gegentheil gesagt: wir haben dich nöthig, um diejenigen Gesetze aufrecht zu halten, denen wir gehorchen wollen. Uebrigens aber fordern wir von dir, daß du unsere Freiheit achtest.“

Diesen Ausspruch Friedrichs des Großen, einer Autorität, welche ohne allen Zweifel auch von Herrn von Bernuth anerkannt wird, legten wir einem Artikel zu Grunde und stellten in diesem Artikel staatswissenschaftliche Gesichtspunkte auf, welche mit genauester Logik aus jenem Aussprache direct zu folgern sind.

Abgesehen nun von dieser Aufstellung staatswissenschaftlicher Gesichtspunkte (welche, wie gesagt, sämmtlich aus jenem Aussprache Friedrichs des Großen direct folgen), fanden sich im Artikel zur Erläuterung des Gedankenganges ferner:

- 1) Eine Beschreibung der Art und Weise, wie eine im Sinne Friedrichs des Großen gute Regierung mit innerer Nothwendigkeit verfährt;
- 2) Eine Beschreibung der Art und Weise, wie eine im Sinne Friedrichs des Großen schlechte Regierung mit innerer Nothwendigkeit verfahren muß.

In dem ersterwähnten Inhalte des Artikels nun aber, in der Entwicklung staatswissenschaftlicher Gesichtspunkte, kann das Gefährliche und Rechtswidrige schlechterdings nicht liegen, indem eine unerbörte Beleidigung gegen Herrn v. Bernuth beruhte, wer annehmen wollte, er, Bernuth, erhebe sich gegen Friedrich den Großen, d. h. halte für verwerflich und staatsgefährlich, was der große König in nachdrucksvollem Aussprache verkündet hat oder was mit striktester Logik aus jenem Aussprache direct zu folgern ist.

Da nun, wie gesagt, hierin schlechterdings nicht das Rechtswidrige und Staatsgefährliche liegen kann, so muß — so sonderbar und unglaublich es auch klingt! — der Confiscationsgrund durchaus entweder in der Schilderung der Art, wie eine gute oder in der Beschreibung der Art, wie eine schlechte Regierung nothwendig verfährt, gefunden werden.

Freunde! Gebt acht, die Sache wird interessant. Wir geben Euch die feste Versicherung, daß in dem Artikel ganz objectiv geschildert war, wie eine gute Regierung naturgemäß auftritt, und ebenso rein sachlich, zu welchen Mitteln eine schlechte

Regi
werd
Bab
dem,
meru
passi
von
Aufn
D
teref
er
wenn
Regi
o
Preu
so w
N
wir
Bega
Logik
zu e
B
berei
einer
schei
*)
des
welch
Vert
sei n
Prin
word
über
Preff
freibe
„Mü
durch
Scha
mehr
Abge
chend
Betre
die
preuß
Volk
Deut
Btg.
bedre
Lösung
neuen
Milit
d. die
keit
v. G
Frei
verlaf
Betre
daß d
trauli
diesem
menge
haben
Bayer
und V
ibeit
Mitgl
wurde
der se
eines
a. W.
leg
gehalt

Regierung nothwendig greifen muß. (Ihr werdet Euch übrigens größtentheils selbst von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugen können, indem, aus diesem oder jenem Grunde, einzelne Nummern immer die Sitten der Conspiration glücklich passiren und dann als besondere Merkwürdigkeiten von Hand zu Hand cursiren, um mit verdoppelter Aufmerksamkeit gelesen zu werden.)

Also Freunde, gebt acht! Die Sache wird interessant.

Nur zwei Fälle sind möglich: entweder Herr v. Bernuth findet es gefährlich, wenn man in Preußen die Schilderung einer guten Regierung, so wie wir es gethan, verbreitet; oder aber er findet es bedenklich, wenn man in Preußen die Beschreibung einer schlechten Regierung, so wie wir es gethan, in Cours setzt.*)

Nun wolle man aber bedenken, daß Alles, was wir geschrieben, zwar nicht direkt und auf einfachem Wege, darum aber doch mit nicht minder strenger Logik aus dem Ausspruch des großen Königs zu entwickeln ist.

Wir werden Euch demnach, Freunde, den Genuß bereiten, mit Friedrich dem Großen vor einem preußischen Criminalgericht zu erscheinen. —

*) Die auf diese beiden Punkte bezüglichen Stellen des Artikels sind daher auch in der erneuten Auflage, welche der heutigen Nummer beigegeben ist, ausgelassen.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 6. Septbr. [Zum Gasteiner Vertrag] wird jetzt vielfach behauptet, Lauenburg sei nicht für den Staat Preußen, sondern für einen Prinzen aus dem Hause Hohenzollern angekauft worden. Die in Deutschland herrschende Stimmung über den An- und Verkauf Lauenburgs tritt in der Presse derjenigen deutschen Staaten, welche Pressefreiheit haben, immer deutlicher hervor. Der „Müsch. Punsch“ giebt seiner Auffassung der Sache durch ein ergößliches Zwiesgespräch zwischen zwei Schacherjuden Ausdruck. — Inzwischen ist immer mehr Aussicht dazu vorhanden, daß das preußische Abgeordnetenhaus, dem Willen des Volkes entsprechend, seine verfassungsmäßige Genehmigung in Betreff des Geldpunktes nicht ertheilen, sondern die Kaufsumme verweigern werde. Das preußische Abgeordnetenhaus würde dadurch der Volksstimmung sowohl in Preußen wie im übrigen Deutschland einen erfreulichen Ausdruck geben.

— [Aus den Herzogthümern.] Der „Kiel. Bzg.“ wird aus Schleswig gemeldet: „Der Landesregierung ist ihre am 14. d. M. erfolgende Auflösung bekannt gegeben worden. Der Sitz der neuen Landesbehörde für Holstein, des Civil- u. Militairgouvernements, wird Kiel, wofelbst am 15. d. die neuen Verwaltungsautoritäten ihre Wirksamkeit beginnen werden. Feldmarschall Lieutenant v. Gahlenz soll bis zum 14. d. eintreffen, worauf Freiherr v. Halbhüser sofort die Herzogthümer verlassen wird.“

— [Den Sechsenddreißiger-Ausschuß betreffend] wird aus Leipzig vom 3. d. gemeldet, daß derselbe, nachdem den Abend zuvor eine vertrauliche Vorbesprechung stattgefunden hatte, an diesem Tage zu einer förmlichen Beratung zusammengetreten war. Die Mitglieder für Oesterreich haben abgeschrieben, Preußen ist schwach vertreten, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen-Darmstadt und Braunschweig vollständig, die andern Staaten theilweise. Im Ganzen sind über die Hälfte der Mitglieder anwesend. Nach langer Beratung wurde im Einvernehmen mit dem engeren Ausschuß der schleswig-holstein'schen Vereine die Einberufung eines deutschen Abgeordnetentages nach Frankfurt a. M. auf den 1. Oktober d. J. beschlossen.

— [Die Commission für Arbeiterangelegenheiten] hat am 2. d. eine weitere Sitzung gehalten. Wir berichten über diese und die vorhergegangene Sitzung in nächster Nummer.

* **Wien**, 2. Septbr. [Die Lage in Oesterreich] wird von der „Presse“ im Laufe eines längeren Artikels wie folgt bezeichnet:

Das allgemeine Gefühl, daß ein großes Wagniß gemacht worden, daß viel auf dem Spiele steht, daß wir alles das hoffen müssen, was andere Großstaaten als etwas Unveräußerliches, nie in Frage Kommendes, nie zu Erschütterndes betrachten (die Einheit des Reichs, die Einheit des Heeres, die Einheit der Finanzen) ist seinen beengenden Einfluß auf das Land. Bisher hatten wir stets einen von zwei Zuständen. Entweder bestand eine Verfassung zu Recht, oder alle Macht vereinigte sich in der Krone. Wir wurden constitutionell oder absolutistisch regiert. Jedes dieser Systeme gestattete eine Regierung, die alle ihre Functionen regelmäßig ausüben konnte. Wenn heute gefragt wird, welches dieser Systeme thatsächlich besteht, wer vermag hierauf eine Antwort zu geben? Kann die Februar-Verfassung als so intact gelten, wie vor wenigen Wochen, als noch Herr v. Schmerling an der Spitze der Geschäfte stand? Ist die alleinige staatliche Macht zur Krone zurückgekehrt? Wo und wodurch ist es erwiesen, daß die cisleithanischen und transleithanischen Länder Ein Reich bilden? Was, außer der Person des Monarchen (?), besitzen wir in Gemeinschaft mit den ungarischen Ländern, das unveräußerlich wäre und uns nie entrisen werden kann! Daß diese Fragen aufgeworfen werden können, daß sie bei den verschiedenen Parteien eine verschiedene Beantwortung finden, daß unzählige Personen bekennen werden, sie seien ganz außer Stande, auf sie eine Antwort zu geben — das kennzeichnet das Vorhandensein eines Zustandes, wie er noch nicht bestanden hat.

Ausland.

* **Paris**, 2. Sept. [Tagesbericht.] Die viel besprochene Zusammenkunft der Königin von Spanien mit dem Kaiser Napoleon findet am 9. September in San Sebastian statt, in dessen Nähe Zaranz liegt; am 12. wird hierauf die Königin mit ihrem Hofgesolge in Biarritz dem Kaiser ihren Gegenbesuch machen. — Am 30. August fand in Estagel bei Perpignan die feierliche Enthüllung der bronzenen Statue des berühmten Arago statt. Das Fest war ein vollständig officielles. Arago, bei der Ausführung des Staatsstreiches Direktor des pariser Observatoriums, weigerte sich, den politischen Eid, der 1848 abgeschafft worden war und den das neue Regime wieder eingeführt hatte (1848 hatte nur der Präsident der Republik Treue zu schwören), zu leisten, wurde aber nichtsdestoweniger, und obgleich er als warmer Republikaner bekannt war, auf seinem Posten belassen. Diese Tendenz gab sich auch bei der Enthüllung seines Denkmals kund, bei welcher Feierlichkeit sogar der Sohn des Gefeierten, Etienne Arago, fehlte. Die Gebrüder Pereire, welche Deputirte in dieser Gegend sind, haben einen großen Theil der Unkosten getragen und auch das Banket von 150 Gedecken, das bei dieser Gelegenheit gegeben wurde, bezahlt. Mehrere Reden wurden gehalten, unter anderen von Michel Chevalier, Isaac Pereire u. Dem alten Republikaner Arago muß es in seinem Sarge jedenfalls lehmisch vorgekommen sein, auf solche Weise von dem imperialistischen Frankreich verherrlicht zu werden. — Die Japanesen, welche hierher gekommen sind, haben keine diplomatische Mission. Sie gehören sehr vornehmen Familien an, haben aber weiter keinen Auftrag, als über europäische Gewerbs- und Handelsverhältnisse zum Frommen ihres Landes Beobachtungen zu machen und Erfahrungen zu sammeln. Sie reisen in Begleitung eines jungen Marine-Ingenieurs Herrn de Berny und haben sich zunächst nach Toulon begeben, gehen dann nach Lyon, Paris, Belgien, Deutschland und England. Sie werden in dem Hotel einquartiert werden, welches Abd-el-Kader inne gehabt hat. — Das Journal des Postes kündigt an, daß ersichtlich davon die Rede ist, vom 1. October an den Postdienst zu decentralisiren. Bisher wurden bekanntlich alle Briefe, welche in Paris für Paris, die Departements und das Ausland auf den verschiedenen pariser Postbureaux aufgegeben wurden, nach der Hauptpost gebracht, wo sie sortirt und dann abgesetzt wurden. In Zukunft sollen nun zwölf, der hauptsächlichsten pariser Unter-Postbureaux die Briefe, welche für Paris ausgegeben werden und in ihrem Bereiche liegen, direct ausgegeben können und nicht mehr genöthigt sein, sie erst nach der Hauptpost zu senden. Es wird also dann nicht mehr vorkommen, daß

Briefe, welche im Faubourg St. Antoine aufgegeben werden, erst nach der Hauptpost gebracht, um von dort wieder nach dem Faubourg zurückgeschickt zu werden. Die Briefe für die Departements und das Ausland werden aber nach wie vor erst nach der Hauptpost geschickt werden müssen. — Graf Blome, der Unterhändler von Gastein, ist hier angekommen, wie die Zeitungen melden, blos zur Ordnung von Privat-Angelegenheiten. — Man sieht nach der Rückkehr des Kaisers von Biarritz sehr wichtigen Veränderungen entgegen. — Der Prinz Napoleon hat bekanntlich nach der Mißbilligung seiner Rede von Ajaccio allen seinen Stellen entsagt; er ist nur noch Präsident der Commission geblieben, welche mit der Veröffentlichung der Correspondenz Napoleons I. betraut ist. In dieser Eigenschaft hat er nun den Befehl erteilt, die betreffenden Arbeiten zu beschleunigen. — Die Regierung hat trotz ihrer in der Kammer gegebenen Versprechungen eine große Anzahl Maires außerhalb der Generalräthe erwählt. Dies erregt großes Mißfallen. — Die Verwaltung der großen Oper hat den Mitaliefern des Orchesters, welche um eine Gehalts-Erhöhung eingekommen sind, ihr Gesuch rundweg abgelehnt. — Die Patrie enthält unter dem Titel „L'armée française au 1. Septembre“ eine Uebersicht über die Streitkräfte zu Lande, die Frankreich gegenwärtig auf den Beinen hat. Dieselben bestehen aus etwas über 400,000 Mann. — Die Kaiserin ist mit den in Neuchâtel vermunbeten Damen in Fontainebleau eingetroffen. Der Zustand derselben soll nicht unbedenklich sein; wie es den andern bei jener Gelegenheit Bermundeten geht, wird nicht gemeldet. — Die Polemik der Blätter über das lothringer Decentralisations-Programm dauert in ungeschwächter Kraft fort. — Fürst L. Czartoryski, seit seines Vaters Tode Chef der polnischen Aristokratie im Auslande, steht im Begriffe, sich ganz von der Politik zurückzuziehen. Er will seinen Aufenthalt auf seinen Gütern in Galizien nehmen, wozu er bereits von Oesterreich autorisirt worden sein soll. — Die Minister sind alle einverstanden, den Kaiser um Abberufung der Truppen aus Mexiko anzugehen, sie sind aber überzeugt, daß Napoleon III. diesem Verlangen nicht nachkommen werde. — Emil Olivier weist seine Ernennung zum Ritter der Ehrenlegion zurück. — Mehrere Freunde Blanqui's haben dessen Flucht aus dem Spitaler Neger begünstigt. Sie begaben sich zur Zeit der öffentlichen Besuche zu den Kranken, die mit Blanqui in einem Saale waren und deren Namen sie sich zu verschaffen wußten. Im Gedränge gelang es dem berühmten Revolutionär, zu entweichen. — Herr Thiers beendet eben den dritten Band seiner Geschichte von Florenz; auch Renan's Leben des Apostels Paulus wird demnächst erscheinen. — Wie es heißt, trifft man bereits Anstalten zur Räumung Roms. Bis Ende dieses Jahres soll die dortige französische Garnison um zwei Regimenter verringert werden.

— 4. Septbr. [Neuestes.] Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Decret, durch welches der von dem Generalrathe des Departements Seine-de-Marne gefaßte Beschluß, als die Grenzen der den Generalräthen zustehenden Befugnisse überschreitend, annullirt wird. In diesem Beschluß war der Wunsch ausgesprochen, daß das Gesetz den Generalräthen das Recht verleihen möge, über die Gültigkeit angezeigelter Departementalwahlen zu befinden, daß ferner die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hingelenkt werde, ob es nicht geeignet wäre, den Generalräthen das Recht, die Mitglieder ihrer Bureaus selbst zu ernennen, wiederzugeben. — Aus Rom meldet der „Moniteur“, daß Joseph Bonaparte, Fürst von Musignano (ältester Sohn des Fürsten von Canino), gestorben ist. — Ueber die Abtretung der ostindischen Besitzungen Frankreichs an England sind neuerdings Unterhandlungen eingeleitet worden.

Italien. [Zur Ministerfrage.] Zur Taufpangeschichte.) Natoli übernimmt das Ministerium der inneren Angelegenheiten. Es war dem gegenwärtigen Cabinet unmöglich, einen außerhalb desselben stehenden Mann für das vacant gewordene Portefeuille zu gewinnen. Und da man um jeden Preis vor Zusammenkunft des Parlaments